

Ja zu einer Kreisgebietsreform, aber völlig anders

Verwaltungsgemeinschaften der Landkreise als Alternative zu Monsterlandkreisen

Der überparteiliche Verein Henneberg-Itzgrund-Franken veröffentlicht bereits vorab seine Ansichten zum Thema Kreisgebietsreform.

Seit Juni arbeitet der pro fränkische Verein an einer Stellungnahme zum Thema Kreisgebietsreform, die an der Jahresmitgliederversammlung im kommenden Januar von den Mitgliedern des Vereins verabschiedet werden soll. Auf Grund der aktuellen Diskussionen veröffentlicht der Verein nun bereits vorab den aktuellen Stand des Entwurfs.

Die zwei Schwerpunkte der Stellungnahme sind die Wiederherstellung und der Erhalt der Einheit des fränkischen Teils des Freistaats Thüringen und eine generelle Aufwertung der Planungsregionen zur Verwaltungsgemeinschaften der Landkreise und kreisfreien Städte. Um die Einheit des fränkischen Teils des Freistaats Thüringen wiederherzustellen, ist die Auflösung des Wartburgkreises notwendig, Eisenach solle sich samt Umland der Planungsregion Mittel- oder alternativ Nordthüringen anschließen. Die Planungsregion Südwestthüringen soll dann, analog zur Praxis im Freistaat Bayern und in Baden-Württemberg, in Henneberg-Franken umbenannt werden. Schmalkalden darf nicht, wie von der Expertenkommission vorgeschlagen, dem Wartburgkreis angeschlossen werden. Stattdessen fordert der Verein die Wiederherstellung der sechs alten fränkischen Landkreise Bad Salzungen, Schmalkalden, Suhl (Schleusingen), Meiningen, Hildburghausen und Sonneberg. Hierzu könne man sich an den Grenzen der evangelischen Kirchenkreise orientieren. Als Alternative zu den Monsterlandkreisen schlägt der Verein eine Aufwertung der Planungsregionen zu Verwaltungsgemeinschaften der Landkreise und kreisfreien Städte vor. Mit deutlich geringerem Aufwand sollen so wesentlich früher und auch umfangreicher Einsparungen möglich sein. Die Kreisstädte bleiben erhalten und historisch gewachsene und Identität gebende Landkreise werden so im sehr kleinteiligen Freistaat Thüringen nicht zerstört, weitere aus anderen Monsterlandkreis-Reformen bekannte negative Folgen werden so ebenfalls vermieden.

Da die Einsparungen aus einer entsprechenden Kreisgebietsreform trotzdem nur einen sehr kleinen Teil des Defizits an eigenen Steuereinnahmen des Freistaats ausgleichen können, fordert der Verein die Rückkehr zur zweistufigen Verwaltung durch Auflösung des Landesverwaltungsamtes und die Länderfusion Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen. Für historisch und kulturräumlich nicht zu Thüringen-Obersachsen gehörende Landkreise soll es hierbei Wahloptionen für einen Wechsel in benachbarte Bundesländer geben. Dies betreffe, neben dem fränkischen Südthüringen, weiterhin den ostfälischen Norden Sachsen-Anhalts, das ebenfalls ostfälische Eichsfeld und Nordhausen und die niederschlesisch-sorbische Lausitz. Weitere Forderungen sind die schon länger ausstehende Neufestlegung der Mindestgröße für Gemeinden, die der Mindesteinwohnerzahl der Grundzentren des Landesentwicklungsprogramms Thüringen 2025 entsprechen sollte, und die Einführung des Ratsbegehrens, welches vom Verein Mehr Demokratie Thüringen bereits seit einigen Jahren gefordert wird. Letzteres soll tatsächliche und demokratisch legitimierte Bürgerentscheidungen bei Gebietsreformen, in erster Linie bei Gemeindegebietsreformen, ermöglichen.

Die vollständige Stellungnahme gibt es zum Download unter: <http://www.henneberg-itzgrund-franken.eu/kreisgebietsreform/>